

PRÄSIDENTSCHAFTSWAHLEN UND VOLKSENTSCHIED IN SRI LANKA

Hans-Dieter Roth

Mit einem bequemen Mehr von 52,91% wurde der amtierende und selbsternannte Präsident und Kandidat der United National Party (UNP), Junius Richard Jayawardene, bei den ersten Präsidentschaftswahlen nach dem Verhältniswahlrecht in der Geschichte Sri Lankas am 19. Oktober 1982 für weitere sechs Jahre in seinem Amt bestätigt. Bereits im ersten Wahlgang konnte Jayawardene damit ein Ergebnis erzielen, das seit der Unabhängigkeit des Inselstaates von keiner Partei zuvor erreicht worden war. Von 8,1 Mio. stimmberechtigten Bürgern machten dabei 6,5 Mio. Wähler (80,2%) von ihrem Stimmrecht Gebrauch.

Mit diesem Wahlergebnis wurde gleichzeitig auch zum ersten Mal in der Geschichte Sri Lankas das für den Inselstaat typische Wechselspiel, die Administration bei jeder bisher abgehaltenen Wahl abzuwählen, durchbrochen.

Obwohl die reguläre Amtszeit des Präsidenten erst im Februar 1984 abgelaufen wäre, hat Jayawardene die Gunst der Stunde genutzt und mit Hilfe einer Verfassungsänderung, der dritten seit Inkrafttreten der neuen Verfassung, vorgezogene Wahlen durchgesetzt. Eine in zwei Lager gesplittene und damit erheblich geschwächte Sri Lanka Freedom Party (SLFP), die sich nur in allerletzter Minute auf einen Verlegenheitskandidaten - Hector Kobbakaduwa - einigen konnte - Frau Bandaranaike war durch den Verlust ihrer Zivilrechte von einer Kandidatur ausgeschlossen - und ein höchst desolater Zustand sowohl der TULF (Tamil United Liberation Front) und der Linksparteien machten Jayawardene schließlich das Siegen leicht. Sein stärkster Widersacher, der auf der politischen Bühne relativ unbekannt und farblose Kompromißkandidat der SLFP, Hector Kobbakaduwa, konnte trotz dieser Handicaps mit 39,07% der Stimmen im Vergleich zu den 77er Wahlen für seine Partei ein um ca. 10% besseres Ergebnis erzielen, während keiner der übrigen vier Kandidaten - Rohana Wijeweera, JVP (4,19%), G.G. Ponnambalam, ACTC (2,67%), Colvin R. de Silva, LSSP (0,88%). Vasudeva Nanayakkara, NSSP (0,26%) - die Fünfprozent-Hürde überspringen konnte.(1)

Nicht zuletzt ermutigt durch diesen Wahlsieg, der in erster Linie als persönlicher Erfolg des Pragmatikers Jayawardene gewertet werden muß, hat das Parlament gegen die Stimmen der Opposition eine vierte Verfassungsänderung

verabschiedet, die einen Volksentscheid vorsah, in welchem der Wähler erneut aufgerufen war, am 22. Dezember 1982 über eine Verlängerung der Legislaturperiode des amtierenden Parlaments bzw. die Abhaltung allgemeiner Wahlen abzustimmen. Im Rahmen dieses Referendums haben sich von 8,1 Mio. stimmberechtigten Bürgern 3,14 Mio. für die Annahme des Referendums und damit für die Aussetzung allgemeiner Wahlen für einen Zeitraum von sechs Jahren ausgesprochen. Bei einer Wahlbeteiligung von 5,78 Mio. Wählern (70,8%) entsprach dieses Ergebnis einem Anteil von 54,7% Ja-Stimmen. Zur Annahme des Referendums waren dabei mindestens ein Drittel der Ja-Stimmen (2,7 Mio.) erforderlich. 2,6 Mio. Wähler (45,3%) haben das Referendum verworfen. Zusammen mit dem Ergebnis der Präsidentschaftswahlen gibt dieser Volksentscheid der Mehrheitspartei der UNP und ihrem Führer und Staatspräsidenten Jayawardene ein uneingeschränktes Mandat für eine Fortsetzung der bisherigen Entwicklungspolitik und der damit angestrebten wirtschaftlichen und politischen Konsolidierung des Inselstaates.

Die Amtszeit der UNP-Regierung 1977-82: Vom Almosenstaat zur freien Marktwirtschaft

Am Tage seiner Entlassung in die Unabhängigkeit, dem 4. Februar 1948, konnte das damalige Ceylon mit dem höchsten Pro-Kopf-Einkommen und der höchsten Alphabetisierungsrate Südasiens zwei Aktivposten in seiner Sozialbilanz verbuchen, die ihm, gemessen an anderen Ländern, eigentlich einen gewissen Vorsprung auf dem Wege in die Unabhängigkeit hätten sichern sollen. Durch periodische Regierungswechsel und einer in aller Regel kurzzeitigen Politik der jeweiligen Regierungspartei, die dem Land einen politischen und wirtschaftlichen Zickzackkurs bescherten, wurde dieser Vorsprung allerdings innerhalb dreier Dekaden weitgehend neutralisiert. So gehört Sri Lanka heute mit einem Pro-Kopf-Einkommen von US\$ 230,- nach der UN-Terminologie zur Gruppe der MSAC-s (Most Seriously Affected Countries) und wird im World Bank Atlas den 36 ärmsten Ländern der Welt zugeordnet. Nicht zuletzt waren es wirtschaftliche Schwierigkeiten, die im Jahre 1977 zu dem erdrutschartigen Wahlsieg der bürgerlichen United National Party unter J.R. Jayawardene über die Sri Lanka Freedom Party Frau Sirimavo Bandaranaike geführt haben. Präsident Jayawardene, der die Inselrepublik auf einen völlig neuen wirtschaftspolitischen Kurs brachte, hat wohl wie

selten zuvor ein Staatsmann sein politisches Mandat zu drastischen politischen und wirtschaftlichen Veränderungen genutzt. Aus dem stagnierenden Almosenstaat Frau Bandaranaike sollte unter ihm ein dynamisches Modell liberal-konservativer Prägung entstehen, in welchem unter den Direktiven der Weltbank und des IMF die Weichen von einer dirigistischen und protektionistisch ausgerichteten Planwirtschaft auf freie Marktwirtschaft umgestellt wurden. Mit großem Geschick haben es dabei Präsident Jayawardene und sein Technokratenkabinett verstanden, multilaterale und bilaterale Geber für sein Land zu interessieren und mit dem Hinweis auf ein politisch stabiles Umfeld massive Hilfeleistungen zu mobilisieren. Mit der Vorlage einer neuen Verfassung für die Demokratische Sozialistische Republik Sri Lanka, die nach dem Vorbild des französischen Präsidentsystems alle Macht weitgehend in den Händen des Präsidenten vereinigt und die mit großer Mehrheit das Parlament passierte, hat sich die Regierung zudem verpflichtet, eine gerechte und freie Gesellschaft ("Just and Dharmista Society") zu etablieren. Wenn sich die Regierung in ihrem Parteiprogramm allerdings zum demokratischen Sozialismus bekennt, so handelt es sich hierbei, zumindest was die derzeitige Wirtschaftspolitik Sri Lankas betrifft, mehr oder weniger um ein Lippenbekenntnis, denn ganz im Gegensatz zum Verfassungsvorbild Frankreich, das weite Bereiche seiner Wirtschaft und Industrie nationalisierte, ist Sri Lanka bemüht, den staatlich kontrollierten Sektor, der bei Übernahme der Regierungsgewalt durch die UNP immerhin 90% der Wirtschaft umfaßte, schrittweise abzubauen. Nicht Frankreich, sondern vielmehr der Stadtstaat Singapore wird damit zu Sri Lankas erklärtem Ideal und nachahmenswertem Vorbild, wobei die Kritiker der Regierung nicht ohne Grund darauf hinweisen, daß dieses Ansinnen eines "Srilankapore" angesichts der eklatanten Unterschiede in der Wirtschafts- und Sozialstruktur beider Länder von vornherein zum Scheitern verurteilt sein muß. Doch selbst auch eingeschworene Kritiker, die die Entwicklung seit 1977 als oberflächlich, rein kosmetischer Art und für die Masse der Bevölkerung als sozial unerwünscht abtun, können die im Verlauf der letzten fünf Jahre eingetretenen Veränderungen im sozio-ökonomischen Bereich nicht übersehen.

Die neue Wirtschaftspolitik des Präsident Jayawardene

Sri Lanka, das im Jahre 1981 auf ein halbes Jahrhundert 'allgemeines Wahlrecht' zurückblicken konnte und damit auf

eine lange demokratische Tradition verweisen kann, trägt zwar nach wie vor noch alle Merkmale einer exportorientierten Plantagenwirtschaft. Bei einer Bevölkerung von nur 7 Mio. Einwohnern zum Zeitpunkt der Erlangung der Unabhängigkeit verfügte Sri Lanka über ausreichend eigene Ressourcen, einen Wohlfahrtsstaat einzurichten und aufrechtzuerhalten - ein wohl einzigartiges Phänomen in der Dritten Welt. Freie Reisrationen, freie allgemeine Erziehung und ein kostenloses Gesundheitssystem bildeten die drei Hauptpfeiler dieses Wohlfahrtsstaates und trugen dazu bei, daß das Wort 'Armut' in Sri Lanka weitgehend ein Fremdwort geblieben ist. Angesichts einer schnell wachsenden Bevölkerung, die sich seit der Unabhängigkeit mit nunmehr über 15 Mio. Einwohnern mehr als verdoppelt hat, konnte es nicht ausbleiben, daß der finanzielle Spielraum für die Aufrechterhaltung dieses Wohlfahrtsstaates, der mehr als ein Drittel des Staatshaushaltes verschlang, sukzessive kleiner wurde. Nicht eine der Regierungen, die bis zum Jahre 1977 das politische Schicksal der Insel bestimmten, hatte den Mut, das Wohlfahrtspaket abzubauen, da Versuche in dieser Richtung von der Wählerschaft konsequent mit einer Niederlage bei den Wahlen quittiert wurden. Das Ergebnis dieser Politik war ein ständiger und zunehmender Mangel an Staatsfinanzen für wichtige Investitionen zur Ankurbelung der Wirtschaft und zur Schaffung der notwendigen Arbeitsplätze. Die ein erträgliches Maß bereits überschreitende Nationalisierung wichtiger Produktionszweige und des Plantagensektors, Restriktionen auf Importe und ein übertriebener Protektionismus taten ein übriges, um in allen Bereichen der Wirtschaft zu Knappheiten zu führen. Eine frustrierte Bevölkerung mit einem Heer von 1,5 Mio. Arbeitslosen - 25% der arbeitsfähigen und -willigen Bevölkerung der Insel - machte ihrem Unwillen bei den Wahlen 1977 Luft und gab mit einer überwältigenden Mehrheit jener Partei das Vertrauen, von der man sich den Umschwung erhoffte.

Mit erstaunlichem Mut und großem Elan machte sich die UNP-Regierung unter J.R. Jayawardene an die Aufgabe, die in sie gesetzten Erwartungen in die politische Realität umzusetzen. Nach der Devise 'Entwicklung und Wachstum' um jeden Preis wurden zunächst die wohlfahrtsstaatlichen Reis-Subventionen abgebaut, Steuern gesenkt, privates Unternehmertum gefördert, Preis- und Importkontrollen beseitigt, die Währung freigegeben und ausländischen Investoren mit großzügigen Steuerkonzessionen und dem Hinweis auf stabile politische Verhältnisse zur Niederlassung in sog. 'Freihandelszonen' der Hof gemacht. Eine Reaktion in der übrigen

Welt konnte angesichts dieser verlockenden Angebote nicht ausbleiben; sowohl die Weltbank, der IMF als auch alle westlichen Industriestaaten folgten dem Ruf der Insel und stellten Mittel zur Finanzierung des neuen Entwicklungsmodells Sri Lanka zur Verfügung. Dieser reichliche Mittelfluß katalysierte Sri Lanka an die erste Stelle der Pro-Kopf-Entwicklungshilfe aller Länder Südasiens.

Vergleicht man die wirtschaftliche Situation heute mit der vor fünf Jahren, so lassen sich beachtliche Wachstumsraten des Bruttosozialproduktes (1978/79 im Durchschnitt 7,3%, 1980 5,2%, 1981 5,9%, 1982 (geschätzt) 5,2% feststellen. An der Beschäftigungsfront konnte die Arbeitslosenzahl von ehemals 1,5 Mio. auf heute 850.000 gesenkt werden.

Die Kehrseite des Wirtschaftswunders

Mit der Öffnung der Importschranken und einer bedingungslosen Liberalisierung des Handels, die zusammen mit der Ölpreisverteuerung und internen Faktoren zu Inflationsraten zwischen 32 und 45% geführt haben, zeigte sich allerdings auch gleichzeitig die Kehrseite der Medaille. Während eine relativ kleine, im Handel und Dienstleistungsbereich engagierte Bevölkerungsgruppe von der Liberalisierungswelle nach oben getragen wurde und sich heute mit Luxusgütern westlicher Prägung umgibt, blieb die Masse der Lohn- und Gehaltsabhängigen von diesem 'Wirtschaftswunder' weitgehend ausgeschlossen, zumal die Löhne mit den immensen Preissteigerungen nicht Schritt halten konnten. Vielmehr ist es so, daß diese Gruppe, die ehemals unter Frau Bandaranaike noch die obere Mittelklasse der Gesellschaft repräsentierte, auf der Einkommens- und sozialen Leiter schrittweise nach unten abrutschte, und heute der Schicht der Unzufriedenen zugerechnet werden muß. Die wirtschaftlich und sozial ohnehin unterprivilegierte Schicht sucht ihrerseits nach eigenen Mitteln und Wegen, der durch Inflation, Tourismus und Importliberalisierung völlig veränderten wirtschaftlichen Situation aus ihrer Sicht etwas Positives abzugewinnen. So gehören heute nicht nur Bettler und Schlepper, sondern auch Prostituierte zum Straßenbild Colombos. Diese Entwicklung, die zwar für eine vormals agrarische Gesellschaft, die plötzlich von westlichen Kulturwerten und Einflüssen überschwemmt wird, symptomatisch ist, muß insbesondere in einem konservativen, buddhistisch geprägten Land, wie es Sri Lanka nach wie vor ist, auf herbe Kritik stoßen. Die Opposition, die von Kreisen der Intellektuellen und des Klerus gestützt wird, läßt demzufol-

ge auch keine Gelegenheit aus, den Ausverkauf srilankaischen Kultur- und Gedankengutes anzuprangern. Alles, was importiert wird - und die Schaufenster bersten über von Importwaren - ist derzeit 'in' und hebt das Selbstgefühl der Käufer: Japanische Video- und Cassettenrekorder, Farbfernseher, Hemden aus Hongkong, schottischer Whisky, Levi-Jeans und Käse-Spezialitäten aus Frankreich, um nur einige Beispiele zu nennen. Während diese Luxusgüter nur einer kleinen Minorität vorbehalten bleiben, reicht die Kaufkraft der Mehrheit der Bevölkerung auch nicht annähernd aus, sich mit den neuen Statussymbolen zu umgeben.

Während die Gemüter der von der gegenwärtig stattfindenden Entwicklung weitgehend ausgeschlossenen Masse der Bevölkerung erstaunlicherweise kühl blieben, zeigt die Wirtschaft der Insel, wie bereits angedeutet, deutliche Überhitzungserscheinungen. Überdurchschnittlich hohe Inflationsraten, ein Haushaltsloch von 3,2 Mrd. DM, eine defizitäre Handelsbilanz von 2 Mrd. DM (die ausschließlich durch ausländische Kredite und Zuschüsse finanziert wird), Prestige-Großprojekte mit langer Reifezeit (Mahaveli Development Project, Urban/Housing Development Programme), die nicht nur immense Mittel binden, sondern auch in ihrem Wert und Nutzen für das Land nicht unumstritten sind, lassen die berechtigte Frage aufkommen, ob das 'Experiment Sri Lanka' fortgeführt werden kann, zumal damit gerechnet werden muß, daß die Mittelflüsse angesichts einer weltweiten Rezession nicht mehr auf dem bisherigen Niveau aufrechterhalten werden können.

Es waren nicht zuletzt diese Unsicherheitsfaktoren und Risiken, die den früheren Freiheitskämpfer und vom Volk charismatisch kurz mit 'J.R.' genannten Präsidenten bewogen haben, vorgezogene Präsidentschaftswahlen und unter Verzicht auf allgemeine Wahlen im unmittelbaren Anschluß daran einen Volksentscheid über die Verlängerung der Amtsdauer des Parlaments abzuhalten, mußte es dem 'großen alten Mann' doch letztendlich darum gehen, mit einer erfolgreichen Verlängerung seines Mandats und einer zweiten Amtsperiode der UNP die Früchte seiner neuen Entwicklungs- und Wirtschaftspolitik ernten zu können.

Wahltaktiken und Wahlmanöver

Die Weichen für einen Sieg sowohl bei den Präsidentschaftswahlen als auch im Referendum wurden von J.R. Jayawardene schon geraume Zeit früher gestellt, denn bereits mit der Aberkennung der Zivilrechte und damit der poli-

tischen Neutralisierung seiner schärfsten Konkurrentin und Widersacherin, Frau Sirimavo Bandaranaike im Oktober 1980 war es dem heute 76jährigen Präsidenten gelungen, die einzig ernstzunehmende Oppositionspartei SLFP in sich zu zerstreuen und in zwei Flügel zu spalten.(2) Mit diesem politischen Schachzug hat der Regierungschef nicht nur erreicht, die gemäßigten Anhänger unter Führung des ehemaligen Vizepräsidenten der SLFP, Maitripala Senanayake, vom Bandaranaike-Flügel zu trennen und letzterem bei dem Wähler das im Wahlkampf ständig vorgezeichnete Bild einer linksorientierten und zum Radikalismus neigenden Partei aufzudrängen, sondern auch eine Reihe führender SLFP-Politiker zu Sympathiebekundungen für und Übertritte zur UNP zu bewegen, womit die Ablehnungsfront von Frau Bandaranaike gegen vorgezogene Wahlen und Referendum entscheidend geschwächt wurde.(3) Der erklärte Kronprinz und designierte Nachfolger von Frau Bandaranaike, Sohn Anura, spielte im Vorfeld der Wahlen eine auffallend zurückhaltende Rolle und ließ zu keiner Zeit das notwendige politische Profil und Format erkennen, das Erbe seiner Mutter erfolgreich anzutreten und damit eine Aussöhnung und Zusammenführung der beiden zerstrittenen SLFP-Flügel herbeizuführen.

Da Jayawardene angesichts hoher Inflationsraten, offener Korruption und einer sich deutlich verschlechternden Wirtschaftssituation befürchten mußte, daß seine neue Entwicklungs- und Wirtschaftspolitik vom Wähler mißverstanden und damit abgelehnt werden würde und zudem eine Niederlage bei den Präsidentschaftswahlen zwangsläufig auch einen Verlust bei den noch ausstehenden Parlamentswahlen bedeutet hätte, hat der für seine große Loyalität gegenüber Gefolgsleuten bekannte Regierungschef noch rechtzeitig vor den Wahlen eine Anti-Korruptionskampagne gestartet, der neben zwei Parlamentsmitgliedern auch ein Minister und altgedienter UNP-Parlamentarier (Landwirtschaftsminister E.L. Senanayake) zum Opfer fiel. Mit dieser Maßnahme, die vom Wahlvolk offensichtlich sehr positiv aufgenommen wurde, hat der Präsident nicht nur sein eigenes Image als ein über Personen und Parteien stehender Führer und Staatsmann aufpoliert, sondern dem 'Mann auf der Straße' auch deutlich zu verstehen gegeben, daß er es mit seinem Versprechen, eine 'Dharmista Samajaya' (gerechte Gesellschaft) einzurichten, ernst meint.

Der erst wenige Wochen vor dem eigentlichen Wahltermin vom nationalen Wahlleiter verkündete Schiedsspruch, daß sowohl das Parteiemblem als auch die Parteifarbe dem im Wahlkampf von der Regierung zum Radikalismus neigend ge-

brandmarkten linken Flügel der SLFP unter Frau Bandaranaike zugesprochen wurde, kann als weiteres taktisches Wahlmanöver interpretiert werden, da diese Entscheidung die bereits bestehende Verunsicherung insbesondere in den Reihen der traditionellen SLFP-Wähler noch zusätzlich verstärkt hat.

Der Wahlkampf

Da mit Ausnahme des Kompromißkandidaten der SLFP, dem auf der politischen Bühne der Inselrepublik nur wenig bekannten und von Anura Bandaranaike kurz vor der Wahl zudem noch als 'Temporary Candidate' abgestempelten Hector Kobbakaduwa, keiner der anderen vier Mitbewerber eine reelle Chance besaß, konzentrierten sich die Auseinandersetzungen vor den Wahlen in erster Linie auf einen Schlagabtausch zwischen Regierungspartei und SLFP. Jayawardene, der im Wahlkampf auf die Unterstützung des Regierungsapparates zurückgreifen konnte und einen gut organisierten Wahlkampf führte, gab dann auch nach erfolgreicher Wahl unverblümt zu erkennen, wie er persönlich die Qualifikation seiner Kontrahenten einschätzte: "I wasn't fighting an opponent. I was fighting a target of 50 percent of the vote." (4)

Der Wahlkampf, der aufgrund eines vorsorglich verhängten Ausnahmezustandes außergewöhnlich ruhig verlief und bei beiden Urnengängen von der UNP wohlweislich sehr stark auf die Persönlichkeit des 'großen alten Mannes' Jayawardene ausgerichtet war, ließ insbesondere bei den Oppositionsparteien jegliche Programmatik vermissen.

Während sich die UNP im Wahlkampf auf die bisherigen Erfolge ihrer Entwicklungs- und Wirtschaftspolitik berufen konnte und dem Wähler eindringlich zu verstehen gab, daß das unter ihr 1977 initiierte Entwicklungsmodell Sri Lanka nur und ausschließlich unter der Führung von Präsident Jayawardene fortgesetzt und vollendet werden kann, beschränkte sich die Argumentation der Opposition, hier insbesondere der durch ihre Zerstrittenheit zu einer Sachdiskussion wenig geeigneten Freiheitspartei (SLFP), auf Schwarzmalerei und die Präsentation politischer Ladenhüter. Unter anderem prangerte die SLFP den durch die zunehmende Außenverschuldung des Landes bedingten unaufhaltbaren Ausverkauf Sri Lankas an das Ausland und die angeblich drohende Gefahr einer stetigen Aushöhlung der Demokratie durch die regierende UNP an. Der Rest des Forderungskataloges umfaßte neben der Aufwertung der Rupie

die Wiedereinführung der Lebensmittelsubventionierung, Wiedereinstellung aller im Rahmen des Generalstreiks von 1980 entlassenen 80.000 Arbeiter, Annullierung der 1978er Verfassung, sofortige Auflösung des Parlaments und schließlich die unverzügliche politische Rehabilitierung der ihrer Zivilrechte beraubten Frau Bandaranaike.

Die den überwiegend von Tamilen bevölkerten Nord- und Ostteil der Insel kontrollierende TULF-Minderheitspartei hatte nach einem Wahlboykottaufwurf ihres Parteiführers A. Amirthalingam auf die Nominierung eines eigenen Kandidaten verzichtet. Sie tat dies mit der Begründung, daß Tamilen von ihrem Wahlrecht Abstand nehmen, wenn Singhalesen ihren singhalesischen Führer wählen. Im Zusammenhang mit den Autonomiebestrebungen (Eelam) seiner Partei ließ Amirthalingam zudem verlauten, daß 'jede Stimme gegen das Referendum eine Stimme für Eelam ist' und drohte im gleichen Atemzug an, daß alle Abgeordneten der TULF nach Ablauf der regulären Legislaturperiode des Parlaments am 4. August 1983 ihr Mandat niederlegen werden.(5)

Aus dem ganz offensichtlich zentralen Anliegen der überwiegenden Mehrzahl der Bevölkerung überdurchschnittlich stark gestiegener Preise für Grundnahrungsmittel konnte die Opposition kein Kapital schlagen, da dem Wähler dazu die Jahre der Reglementierungen, Rationierungen und leeren Schaufenster unter der SLFP von 1970 bis 1977 noch in allzu frischer Erinnerung waren. Der Prognose der Tagespresse, daß die beiden Wahlgänge letztlich eine Entscheidung des Bürgers zugunsten freier Marktwirtschaft und damit für die UNP oder aber für die Wiederauflage eines sozialistischen Wohlfahrtsstaates Bandaranaike'scher Prägung sein werden, ist damit uneingeschränkt zuzustimmen.(6)

Besondere Hervorhebung verdient letztlich noch die bisherige Erfahrungen widerlegende Tatsache, daß sich der vor allem auf dem Land und in den Dörfern der Insel eines großen politischen Einflusses erfreuende buddhistische Klerus im Vorfeld der Wahlen auffallend zurückgehalten und sich auch im Wahlkampf politische Enthaltsamkeit auferlegt hat.

Ergebnisanalyse der Wahlen

Mit 52,9% aller abgegebenen Stimmen hat Jayawardene die in der von ihm geprägten Verfassung vorgegebene Hürde von mindestens 50% bereits im ersten Wahlgang sicher übersprungen.

Die Kalkulation der UNP allerdings, die in Prognosen der Regierung nahestehenden Tagespresse noch kurz vor der Wahl ihren Niederschlag fanden und einen nie in Frage gestellten Sieg J.R.'s mit einer absoluten Mehrheit von 60% der Erststimmen voraussagten, waren damit nicht aufgegangen. Angesichts der Zerstrittenheit der SLFP, die sich, wie bereits aufgeführt, nur in allerletzter Minute auf die Nominierung eines politisch farblosen und wenig versierten Kompromiß-, ja Verlegenheitskandidaten einigen konnte, mußte dieses Ergebnis im Regierungslager eher enttäuschend wirken, wurden damit doch die Pläne des Strategen Jayawardene, unmittelbar im Anschluß an die Präsidentschaftswahlen durch vorgezogene Parlamentswahlen seiner Partei für weitere sechs Jahre die Macht zu sichern, durchkreuzt und aufs heftigste erschüttert.

Besonderes Kopfzerbrechen mußte dabei der regierenden UNP die Tatsache bereiten, daß sie sich im Vergleich zu den 1977er Wahlen nur um ca. 2,0% verbessern konnte, während die oppositionelle Freiheitspartei trotz des trostlosen Zustandes insbesondere ihres Politbüros und Führungsorgans eine Zunahme von 9,37% für sich verzeichnete und damit von knapp 40% der Wähler für regierungsfähig erachtet wurde.

Die Frage, ob eine geeinigte SLFP unter der geschlossenen Führung einer rehabilitierten Präsidentschaftskandidatin Frau Bandaranaike dem amtierenden Regierungschef hätte gefährlich werden können, mußte zwar unbeantwortet bleiben, war aber dennoch nach den Wahlen Gesprächsstoff Nr.1 in allen politischen Zirkeln.

Bezieht man alle zur Wahl angetretenen Parteien in das Kalkül mit ein, so fiel der Sieg der UNP bei den Wahlen vom 19. Oktober 1982 allerdings deutlicher aus als bei den Parlamentswahlen 1977. Während die im Jahre 1977 noch relativ geschlossen angetretene Anti-UNP-Front bei einer Wahlbeteiligung von 86,7% immerhin noch 49,1% aller abgegebenen Stimmen auf sich vereinigen konnte, erzielte sie 1982 nach dem neuen Verhältniswahlrecht und ungeeint ein Ergebnis von nur 47,2%. Davon entfielen 84,1% der Stimmen auf die in ihrem Amt als Parteiführerin der SLFP heftig umstrittene Frau Bandaranaike, die sich damit einen Anteil von 39,07% der abgegebenen Stimmen sichern konnte (1977: 29,7%). Dieser erhebliche Stimmenzugewinn der SLFP ist nach Ansicht der unabhängigen 'Tribune' das Ergebnis eines sehr stark auf die beiden Hauptparteien polarisierten Wahlkampfes, der Anhänger der kleineren Anti-UNP-Linksgruppen veranlaßt hat, ihre Stimme der SLFP zu leihen.(7)

Betrachtet man das Wahlergebnis regional, so haben sich im Rahmen der Präsidentschaftswahlen von insgesamt 22 Wahldistrikten nur die überwiegend tamilischen Wähler des Jaffna-Distriktes im Norden der Insel gegen eine Verlängerung der Amtszeit von Präsident Jayawardene ausgesprochen. Trotz des Wahlboykottaufrufes der TULF haben die Tamilen damit von ihrem Wahlrecht Gebrauch gemacht und in einer Art Protestwahl ihre Unzufriedenheit mit der neuen Entwicklungs- und Wirtschaftspolitik der Regierung in Colombo zum Ausdruck gebracht.

Obwohl Präsident Jayawardene ganz im Gegensatz zu Frau Bandaranaike in seinen Reden immer eine ehrliche Politik des Ausgleichs mit der tamilischen Minderheit gefordert und erst vor wenigen Monaten den von einer militanten singhalesischen Minderheit seiner eigenen Partei heftig kritisierten Dialog eingeleitet hatte, setzten ihn die Wähler hinter Kobakaduwa, dem SLFP-Kandidaten, (77.300 Stimmen) mit nur 44.780 Stimmen an die zweite Stelle.

Referendum

Wie bereits ausgeführt, ging die Erwartung der UNP, die Opposition bei den Präsidentschaftswahlen entscheidend zu schlagen, um sich so im Anschluß daran mit einem beruhigenden Stimmenpolster Parlamentswahlen zu stellen, nicht in Erfüllung.

Während das unerwartet gute Abschneiden des Kandidaten der Freiheitspartei, der für viele Wähler zumindest bis zur Wahl politisch gesehen ein relativ unbeschriebenes Blatt war, bei der Opposition berechnete Hoffnungen auf einen Sieg bei den in Aussicht gestellten vorgezogenen Parlamentswahlen wecken mußte, sah sich die Regierung in Colombo verunsichert in die Ecke gedrängt. Nicht zuletzt aufgrund dieser völlig unerwarteten Situation hat sich Jayawardene kurzfristig entschlossen, der Abhaltung eines Referendums den Vorzug vor allgemeinen Wahlen zu geben. Die rechtlichen Voraussetzungen dazu wurden im Parlament durch eine 4. Verfassungsänderung mit einer Entscheidung von 142 zu vier Stimmen geschaffen. Obwohl das Referendum von der Regierung u.a. offiziell damit begründet wurde, daß in der Freiheitspartei von Frau Bandaranaike 'radikale und gewalttätige' Kräfte (Naxaliten) die Macht übernommen hätten, mußte dem politischen Beobachter klar sein, daß Jayawardene im Rahmen eines Referendums ganz im Gegensatz zu allgemeinen Wahlen nochmals die Chance sah, die eigene Persönlichkeit stärker in der Vordergrund zu stellen.

Die Oppositionsparteien reagierten äußerst heftig auf diese Entscheidung und warfen der Regierung vor, daß sie sich damit ganz eindeutig in Richtung Diktatur bewege, da mit der Vorenthaltung allgemeiner Wahlen dem Volke die bürgerlichen Grundrechte genommen würden. Die Versuche der Opposition, hier vor allem der SLFP und der TULF, eine gemeinsame Ablehnungshaltung gegen diesen Volksentscheid aufzubauen, mußten bereits im Vorfeld der Wahlen zum Scheitern verurteilt sein, nachdem - von der Regierung nicht dementierte - Gerüchte über die Möglichkeit der Bildung einer nationalen Regierung laut wurden. Diese Gerüchte erhielten u.a. Nahrung aus der Tatsache, daß bereits während des Wahlkampfes eine ganze Reihe von Oppositionspolitikern der nach wie vor gespaltenen SLFP, demonstrativ zur UNP übergetreten waren oder sich offen zum Referendum bekannt haben. So kann mit großer Wahrscheinlichkeit damit gerechnet werden, daß Präsident Jayawardene sein bisher nur aus UNP-Mitgliedern bestehendes Kabinett personell umbesetzen und zu einer Staatsregierung der nationalen Einheit umbilden wird. Kenner der politischen Szene gehen dabei davon aus, daß der Präsident zumindest einige der prominenten Überläufer mit einem Posten im Kabinett bzw. im weiteren Regierungsapparat belohnen wird. Nachdem sich Jayawardene bereits zu Beginn des Wahlkampfes von allen Regierungs- und Fraktionsmitgliedern der Partei undatierte Rücktrittsgesuche hat aushändigen lassen, hat er freie Hand, die von ihm für notwendig erachteten personellen Veränderungen vorzunehmen und Kabinett und Fraktion durchgreifend umzugruppieren.

Obwohl die Wahlbeteiligung am Volksentscheid, der wie auch schon die Präsidentschaftswahlen von Zwischenfällen frei war, mit 5,8 Mio. erheblich unter der Wahlbeteiligung der Präsidentschaftswahl mit 6,6 Mio. lag, hat die Regierung mit 3,1 Mio. der abgegebenen Stimmen ihr Ziel erreicht. Die von der Verfassung geforderte Mindestzustimmung zu einem Referendum durch ein Drittel der Stimmberechtigten, also im vorliegenden Fall 2,7 Mio. Stimmen, wurde um 0,4 Mio. übertroffen. Andererseits darf nicht übersehen werden, daß nur 38,2% der Stimmberechtigten den Volksentscheid unterstützen haben. Die Regierung ist damit 'noch einmal davongekommen' und muß der relativen Schwäche ihres Sieges Rechnung tragen. Die LSSP sah in diesem Wahlergebnis die Bestätigung dafür, daß die Regierung nur noch von einer Minderheit im Volk getragen wird.

Im Vergleich mit den Ergebnissen der Wahlen vom 19. Oktober 1982 lassen sich für das Referendum einige bemerkenswerte Unterschiede feststellen. Während die UNP

im Rahmen der Präsidentschaftswahlen noch 21 von insgesamt 22 Wahldistrikten gewinnen konnte, haben am 22. Dezember sieben Distrikte im Norden und Süden der Insel der Regierung ein klares Nein erteilt. Die noch bei den Präsidentschaftswahlen in einigen Distrikten erzielte deutliche Mehrheit durch die UNP ist teilweise beträchtlich zusammengeschmolzen. So mußten Kabinettsmitglieder, wie Finanzminister Ronnie de Mel, Innenminister Devanayagam, Staatsminister de Alwis und Gesundheitsminister Atapattu in ihren Wahlkreisen Niederlagen hinnehmen, während der publikumswirksame Handelsminister Lalith Atulathmudali mit einem sprichwörtlich hauchdünnen Vorsprung von 103 Stimmen seinen Wahlkreis gerade noch verteidigen konnte.

Interessant ist die Feststellung, daß das Referendum vor allem von den in urbanen Gebieten konzentrierten Wählern verworfen wurde. Möglicherweise hat hier die Argumentation der Opposition einer zunehmenden Aushöhlung der Demokratie durch die Regierung überzeugen können. Dagegen hatte die UNP Stimmengewinne in den ländlichen Gebieten zu verzeichnen, von einem Wählerpotential also, das bisher bei Wahlen traditionell zugunsten der SLFP entschied. Diese Erfolge der UNP bei einer vormals loyalen SLFP-Wählerschaft dürften nicht zuletzt auf die Entwicklungspolitik der Regierung zurückzuführen sein, mit der insbesondere im landwirtschaftlichen Bereich die Produktionsbedingungen verbessert werden konnten.

Abschließend kann festgestellt werden, daß bei aller Kritik der Opposition an der Politik Jayawardenes dessen integre Persönlichkeit und der Wunsch des Wählers nach Stabilität und Kontinuität für die beiden Wahlsiege der UNP ausschlaggebend waren. Der Präsident sieht sich zu Beginn seiner zweiten Amtsperiode sowohl innenpolitisch als auch wirtschaftspolitisch vor schwierige Aufgaben gestellt. Dem sri lankaischen Wähler muß bei aller Euphorie über zwei innerhalb kurzer Folge erzielten Wahlsiege politische und demokratische Reife bescheinigt werden. Trotz eines aufwendig geführten Wahlkampfes der UNP hat er sich nicht beeindrucken lassen und über den hohen Anteil der Neinstimmen im Rahmen des Referendums deutlich zum Ausdruck gebracht, daß er in dieser für die politische Zukunft des Landes wichtigen Frage Parlamentswahlen den Vorzug vor einem Volksentscheid gegeben hätte. Deshalb wird nicht nur der Wähler in Sri Lanka, sondern auch der politische Beobachter im In- und Ausland mit einem gewissen kritischen Interesse die weitere politische Entwicklung der Inselrepublik verfolgen, die in den nächsten sechs Jahren ganz sicher vom Machtzuwachs der UNP, insbesondere jedoch auch

von jenem des Staatspräsidenten Jayawardene, geprägt sein wird.

Anmerkungen

- 1 JVP (Janatha Vimukthi Peramuna / People's Liberation Front) Nationale Volksbefreiungsfront, die die blutigen Unruhen von 1971 anführte.
LSSP (Lanka Samasamaja Pakshaya) / Trotzkyisten
NSSP (Nava Samasamaja Pakshaya) / Radikale Splitterpartei der LSSP
ACTC (All Ceylon Tamil Congress)
- 2 Eine SLFP (M) unter Führung des früheren Vize-Präsidenten Maithripala Senanayake und eine SLFP (S) unter Führung von Frau Sirimavo Bandaranaike.
- 3 U.a. hatte Jayawardene die für das Referendum notwendige 4. Verfassungsänderung damit begründet, daß in der oppositionellen Freiheitspartei der früheren Premierministerin Sirimavo Bandaranaike 'radikale und gewalttätige' Kräfte die Macht übernommen hätten.
- 4 "Sunday Times" vom 7. November 1982.
- 5 Die TULF hatte auch schon 1975 einer Verlängerung der Amtsdauer des Parlaments durch Frau Bandaranaike nicht zugestimmt.
- 6 "Island" vom 17. Oktober 1982.
- 7 "The fact that the total poll this time was only 80.6 percent compared to 86.7 percent in 1977 is as irrelevant to the overall UNP versus anti-UNP picture as the fact the SLFP vote went up from 29.7 to 37.07 percent because in a peculiar polarisation in this presidential election most of the anti-UNP votes (CP, LSSP, etc.) went to the SLFP." (Tribune, Vol.27, No.5, October 23, 1982, S.8/9).